Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 7 — Donnerstag, den 16. Januar 1930 — 43. Jahrgang

Kompromißneigungen.

Dr. Schacht im Haag eingetroffen.

⊠ Haag, 14. Januar.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist planmäßig mit dem Berliner Zug zur Teilnahme an den Verhandlungen des Organisationsausschusses für die BIZ. im Haag eingetroffen und hat im Hotel Zentral, dem Sitz der deutschen Abordnung, Wohnung genommen.

Besprechungen zwischen Tardieu und Curtius.

Es haben erneut zwei Unterredungen zwischen Tardieu und Dr. Curtius unter Hinzuziehung der Juristen der beiden Abordnungen stattgefunden, die hauptsächlich der Sanktionsfrage galten.

In dieser Frage ist man bisher immer noch nicht vom Fleck gekommen. Die Verhandlungen drehen sich nunmehr seit drei Tagen stets um die gleiche Frage: Frankreich verlangt, wie dies in der der deutschen Abordnung überreichten Denkschrift zum Ausdruck kommt, die Aufnahme einer Bestimmung in das Schlußprotokoll der Haager Abmachungen,

nach der Deutschland im Falle einer Lossagung vom Youngplan Sanktionsmaßnahmen Frankreichs nicht als kriegerische Maßnahmen anzusehen sich verpflichtet.

Deutschland soll somit tatsächlich die Besetzung deutschen Gebietes im Falle der Lossagung vom Youngplan als eine friedliche Maßnahme erklären.

Die deutsche Abordnung hat diese Forderung von vornherein und auch jetzt wieder in den fortgesetzten mündlichen Verhandlungen als völlig untragbar abgelehnt.

Die Kompromißformel.

In den letzten Besprechungen über die Sanktionsfrage ist folgende Lösungsmöglichkeit in Aussicht genommen worden:

Die deutsche und französische Abordnung tauschen in der Sanktionsfrage gegenseitig Noten aus, die nicht in das Schlußprotokoll der Haager Abmachungen aufgenommen werden. Die Note der französischen Abordnung erklärt, daß Frankreich im Falle einer Lossagung Deutschlands vom Youngplan seine Handlungsfreiheit wiedererhält. Die deutsche Note soll sich demgegenüber auf die Feststellung beschränken, daß gegen diesen legitimen Anspruch Frankreichs kein Einspruch erhoben werden könne. Die beiden Abordnungen werden jedoch vor der endgültigen Entscheidung zunächst die Stellungnahme des Kabinetts abwarten.

Zur Formulierung des Notenaustausches, die in dieser Frage stattfinden soll, verlautet weiter, daß in der französischen Note ausdrücklich festgestellt wird, im Falle einer Lossagung Deutschlands vom Youngplan trete

„das allgemeine Vertrags-System"

wieder in Kraft. Nicht erwähnt wird jedoch, was unter allgemeinem Vertrags-System zu verstehen sei. Es muß deswegen als selbstverständlich angesehen werden, daß die französische Note unter allgemeinem Vertrags-System die Rückkehr zu den Sanktionsbestimmungen des Versailler Vertrages versteht, während man auf deutscher Seite die Auffassung zu vertreten scheint, unter allgemeinem Vertrags-System seien die Bestimmungen des Völkerbundspaktes, Locarno-Paktes und Kellogg-Paktes anzusehen, die gegenwärtig die Grundlage der internationalen Politik bilden.

Ungeklärt soll zurzeit noch sein, ob es in der französischen Note Lossagung vom Young-Plan oder Zerreißen des Young-Planes heißen wird. Die deutsche Antwortnote soll sich darauf beschränken, von der Note der französischen Regierung Kenntnis zu nehmen.

Keine Anrufung des Völkerbundes.

In dem Notenaustausch zwischen der deutschen und französischen Abordnung in der Sanktionsfrage ist, wie bereits von Anfang an feststand, vorgesehen, daß im Falle der Nichtzahlung Deutschlands zuerst das Auslegungsschiedsgericht des Youngplanes angerufen werden soll.

Den beiden Parteien steht es sodann frei, beim ständigen Internationalen Schiedsgericht im Haag eine Entscheidung herbeizuführen, ob eine Verfehlung Deutschlands oder die Unmöglichkeit, die Zahlungen auszuführen, vorliegt. Der Gedanke, dem Völkerbundsrat diejenigen Maßnahmen zu überlassen, die im Falle der Feststellung deutscher Verfehlungen durch den ständigen Haager Schiedsgerichtshof ergriffen werden sollen, ist jedoch fallen gelassen worden.

Die Entscheidung des internationalen Haager Gerichtshofes, daß im Falle einer deutschen Nichtzahlung keine Unmöglichkeit, sondern eine Verfehlung Deutschlands vorliegt, würde somit nach dieser Regelung einen endgültigen Charakter tragen. Sollte Deutschland in einem derartigen Fall dennoch seinen Standpunkt aufrechterhalten und sich für nichtzahlungsfähig halten,

so würde die Gläubigerseite also Handlungsfreiheit, aber im Rahmen der geltenden Verträge, erhalten.

Reichsbank und BIZ. — Ein Brief Schachts.

⊠ Haag, 15. Januar.

In dem auf der Konferenz zum ersten Male zusammengetretenen Organisationsausschuß für die BIZ. ist es gleich zu Beginn der Sitzung zu einem unerwarteten Vorfall gekommen. Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat dem Führer der im Ausschuß vertretenen amerikanischen Bankengruppe ein Schreiben übermittelt, in dem Zweifel über die endgültige Beteiligung der deutschen Reichsbank an der BIZ. zum Ausdruck gebracht werden. In dem Schreiben erklärt der Reichsbankpräsident ferner, über die endgültige Stellungnahme der Reichsbank zur BIZ. werde das Direktorium der Reichsbank in der nächsten Zeit zu entscheiden haben. Im Hinblick auf dieses Schreiben des Reichsbankpräsidenten ist die Sitzung des Ausschusses sofort unterbrochen worden. Die sechs einladenden Mächte, deren Sitzung bereits zu Ende war, sind daraufhin sofort um 20 Uhr zu einer neuen Sitzung einberufen worden. Wie von deutscher Seite mitgeteilt wird, wird in dieser Sitzung von den deutschen Delegierten der Vorschlag gemacht werden, ob nicht eine andere deutsche Bankengruppe sich an Stelle der Reichsbank an der Bank für Internationale Zahlungen beteiligen soll, wie dies bereits im Youngplan vorgesehen ist.

Die Bedingungen des Reichsbankpräsidenten

Ueber den Inhalt des Schreibens des Reichsbankpräsidenten, das schon vom 30. Dezember datiert ist, wird mitgeteilt: Dr. Schacht habe erklärt, daß er die Zeichnung der für die Reichsbank vorgesehenen Beteiligung an der BIZ. im Betrage von 100 Millionen Mark nicht vornehmen könne, sofern nach der Annahme und der Inkraftsetzung des Youngplanes nicht folgende politischen und finanziellen Bedingungen erfüllt werden:

1. **Verzicht Englands auf die Sequestierung des deutschen Eigentums;**
2. **Verzicht Frankreichs auf alle militärischen und politischen Sanktionen;**
3. **Rückkehr zum Youngplan in der ursprünglich auf der Pariser Sachverständigenkonferenz ausgearbeiteten Fassung.**

Es besteht keine volle Klarheit darüber, wer über dieses Schreiben noch vor seiner heutigen offiziellen Bekanntgabe unterrichtet war. Es verlautet jedoch, daß der Reparationsagent und eine Reihe anderer maßgebender Persönlichkeiten den Inhalt des Schreibens kannten. In der Montagabendsitzung der sechs Großmächte ist auch dieser Zwischenfall zur Erörterung gekommen. Es wurde übereinstimmend beschlossen, daß dem Eingreifen des Reichsbankpräsidenten keine Folge geleistet werden soll und daß die Verhandlungen fortgeführt werden. Es wurde betont, daß ein Eingreifen des Reichsbankpräsidenten in die Fragen, in denen bereits eine praktische Uebereinstimmung erzielt worden sei, nicht geduldet werden könne. Dieser Standpunkt ist insbesondere von dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu und dem englischen Schatzkanzler Snowden vertreten worden. Tardieu hat betont, daß die Frage der Beteiligung einer deutschen Bank an der BIZ. aufgeschoben werden könnte, bis eine endgültige Stellungnahme der deutschen Regierung vorliege.

Beschlüsse der sechs Mächte.

In einer Sitzung der sechs Mächte sind sodann folgende drei Beschlüsse gefaßt worden:

1. **An den Vorsitzenden des Ausschusses für die BIZ. ist ein Schreiben gerichtet worden, in dem der Ausschuß ersucht wird, seine Arbeiten ungestört weiter fortzusetzen.**
2. **Die juristischen Sachverständigen sind aufgefordert worden, in Verhandlungen mit der Schweizer Regierung über die endgültige Sicherung von Basel als Sitz der BIZ. einzutreten.**
3. **Alle Vorbereitungen, die bisher getroffen worden sind, um eine alsbaldige Ausarbeitung des Schlußprotokolls der Haager Abmachungen auszuarbeiten, sollen sofort fortgesetzt und sobald als möglich zum Abschluß gebracht werden.**

Von deutscher Seite wird übrigens weiter festgestellt, daß in den bisherigen Verhandlungen über die reparationspolitischen Fragen alle bis auf einen Punkt, die Mobilisierungsfrage, geklärt worden seien. Ferner sei die Sanktionsfrage noch nicht endgültig geklärt. Auf Mittwoch vormittag ist eine neue Sitzung des Ausschusses der sechs einladenden Mächte einberufen worden, auf der die Sanktions- und Mobilisierungsfragen endgültig geregelt werden sollen.

Schacht und die deutsche Delegation.

⊠ Haag, 15. Januar.

Nach einer längeren Unterredung zwischen Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer und dem Reichsbankpräsidenten wurde von der deutschen Abordnung im Haag folgende Mitteilung veröffentlicht:

„Die deutsche Delegation wird in der morgigen Sitzung der Konferenz die erforderlichen Schritte tun, um die Beteiligung der Reichsbank an der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich und die Mitwirkung der Reichsbank bei den Aufgaben der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich gesetzlich zu gewährleisten.

Wie wir weiter hören, hat der Reichsbankpräsident in einer Besprechung mit Reichsfinanzminister Moldenhauer erklärt, sich selbstverständlich für diesen Fall den daraus sich ergebenden Verpflichtungen nicht zu entziehen.

Damit ist die Mitwirkung der Reichsbank gesichert."

Das Ergebnis der Kabinettssitzung

Berlin, 15. Januar.

Amtlich wird mitgeteilt:

Das Reichskabinett hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Gang der Haager Verhandlungen befaßt und soweit ein Ergebnis vorliegt der Haltung der deutschen Delegation zugestimmt. Nachdem die Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichsbankpräsidenten die Reichskreditgesellschaft A.-G. und die Preußische Staatsbank (Seehandlung) ersucht hat, an Stelle der Reichsbank bis auf weiteres als Gründer der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich aufzutreten, haben sich diese Banken dazu bereiterklärt. Zum Zwecke der notwendigen Verhandlungen reisen die Herren Direktor Ritscher und Präsident Schröder nach dem Haag.

Fernet hat sich das Reichskabinett mit den Fragen der Erhöhung des Weizen- und Roggenzolls befaßt und sich damit einverstanden erklärt, daß durch Verordnung mit Wirkung vom 20. Januar der Roggenzoll auf Rm. 9.— und der Weizenzoll auf Rm. 9.50 erhöht wird. Zu dem Entwurf eines Zündwarenmonopolgesetzes beschloß das Kabinett Doppelvorlage, soweit es sich um die außerhalb des Monopols zugelassenen Eigenproduktionen handelt.

Die Reichsbank macht mit.

Die deutsche Abordnung wird nunmehr die erforderlichen Schritte voraussichtlich in der Richtung tun, daß die Bestimmungen des Youngplanes über die Eventualbeteiligung einer anderen deutschen Bankengruppe an Stelle der Reichsbank an der BIZ. dahingehend abgeändert werde, daß die deutsche Notenbank, d. h. die Reichsbank auf deutscher Seite an der BIZ. mitwirkt und die nach dem Youngplan den Notenbanken obliegenden Aufgaben übernimmt. Es steht zur Zeit noch nicht fest, ob die Mitwirkung der Reichsbank an der BIZ. nicht durch besonderes Reichsgesetz festgesetzt werden wird.

Die Teilnahme des Reichsbankpräsidenten Schacht an der Leitung der BIZ. ist durch die heutige Regelung endgültig als gesichert anzusehen. Reichsbankpräsident Schacht nimmt an den Arbeiten jedoch unter voller Aufrechterhaltung seines grundsätzlich in dem Schreiben zum Ausdruck gebrachten moralischen Standpunktes teil.

Widersprüche.

Berlin, 15. Januar. Zwischen der Haager Verlautbarung über die dort erfolgte Einigung mit dem Reichsbankpräsidenten und der Mitteilung über das Ergebnis der Berliner Kabinettssitzung klaffen Widersprüche, die offensichtlich auf die Gleichzeitigkeit der Entschlüsse im Haag und in Berlin zurückzuführen sein dürften. Im Haag erklärt man, daß die Berliner Beschlüsse durch die Einigung mit Dr. Schacht sachlich überholt worden seien. An maßgebender Berliner Stelle ist man jedoch der Ansicht, daß die Reichskreditanstalt und die Seehandlung provisorisch solange als Gründer der BIZ. auftreten sollen, bis die Beteiligung der Reichsbank an der BIZ. entsprechend den Haager Vereinbarungen mit Dr. Schacht gesetzlich festgelegt worden sei. Infolgedessen dürfte es dabei bleiben, daß die Herren Direktor Ritscher und Präsident Schroeder nach dem Haag reisen, obwohl der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, wie ursprünglich vorgesehen, die Verhandlungen sowohl im Organisationsausschuß wie auch über die spätere endgültige Beteiligung der Reichsbank an der BIZ. weiter führt.

Alliierte gegen Beteiligung anderer Bankengruppe

Haag, 15. Januar. **Die französische Abordnung hat dem Präsidenten der Haager Konferenz Jaspar schriftlich die Mitteilung zugehen lassen, daß die französische Regierung nach eingehender Prüfung der Vorschläge der deutschen Abordnung, an Stelle der Reichsbank eine andere deutsche Bankengruppe in die BIZ. eintreten zu lassen, zu der Auffassung gelangt sei, daß eine andere deutsche Bankengruppe für die Mitwirkung der BIZ. nicht in Frage komme. Nach den im Youngplan vorgesehenen Satzungen der BIZ. könne nur die Reichsbank für die Mitwirkung und Vertretung bei der BIZ. in Betracht kommen, da nach den deutschen Gesetzen nur die Reichsbank für den Notenumlauf und die Stabilität der deutschen Währung verantwortlich sei. Die englische Abordnung hat, wenn auch noch nicht in amtlicher Form so doch sachlich den gleichen Standpunkt eingenommen und gleichzeitig gefordert, daß die deutsche Reichsbank und keine andere deutsche Bankengruppe bei der BIZ. vertreten sein soll. Eine ähnliche Erklärung hat die italienische Abordnung abgegeben. Die übereinstimmenden Auffassungen der drei großen Gläubigermächte ist der deutschen Abordnung mitgeteilt worden. Im Laufe des Dienstag nachmittags fand eine längere Unterredung zwischen Finanzminister Moldenhauer und dem französischen Finanzminister Chéron statt, in deren Verlauf der französische Standpunkt in der Frage der Beteiligung der Reichsbank in der BIZ. sowie die Mobilisierung der deutschen Anleihe erörtert wurden.**

Die Stellung des Reichsbankpräsidenten.

Haag, 15. Januar. Entgegen anderslautenden Mitteilungen wird von deutscher Seite erklärt, daß von irgend-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300116-18/fragment/page=0001

welchen Absichten, die Bestimmungen des neuen Reichsbaugesetzes hinsichtlich der Stellung des Reichsbankpräsidenten abzuändern, nicht das geringste bekannt sei. Ebensowenig sei anzunehmen, daß mit dem Inkrafttreten des neuen Reichsbankgesetzes eine neue Amtsperiode des Reichsbankpräsidenten beginne und daß damit eine neue Bestätigung des Reichsbankpräsidenten durch den Reichspräsidenten erforderlich sei. Reichsfinanzminister Moldenhauer hat dem französischen Finanzminister offiziell mitgeteilt, daß auf Grund der neuen Vereinbarungen die Mitwirkung der Reichsbank an der BZZ. als gesichert angesehen werden könne.

Wann arbeitet der Youngplan?

In das Schlußprotokoll der Haager Abmachungen werden auf Grund der Ausarbeitungen der Juristen der Gläubigermächte folgende Bestimmungen angenommen:

Der Youngplan heißt in Zukunft „der neue Plan". Der neue Plan tritt in Kraft, sobald folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

Der Präsident der Reparationskommission und der Vorsitzende der Kriegslastenkommission haben gemeinsam festzustellen, daß

1. Deutschland den neuen Plan und das Protokoll der Haager Abmachungen ratifiziert hat und daß die damit zusammenhängenden neuen Gesetze von den verfassungsmäßigen Organen angenommen und veröffentlicht worden sind.

2. Daß die fünf Großgläubigermächte Frankreich, Italien, England, Belgien und Japan gleichfalls den neuen Plan ratifiziert haben.

3. Daß die BZZ. gebildet worden ist und alle ihr aus dem neuen Plan zukommenden Verpflichtungen übernommen und die Gesamtschuldverschreibung Deutschlands und der Reichsbahngesellschaft erhalten hat.

Die Forderungen der Mächte der Kleinen Entente, daß der Youngplan erst nach Ratifizierung durch sämtliche Gläubigermächte, d. h. mit Einschluß Polens, Rumäniens, der Tschechoslowakei, Südslawiens Griechenlands und Portugals endgültig in Kraft treten, und daß eine derartige Bestimmung in den Youngplan aufgenommen werden soll, ist nunmehr endgültig abgelehnt worden.

Fühlungnahme in Genf.

Unterredung Schubert—Zaleski.

Genf, 14. Januar.

Die Ankunft der Abordnungen zur 58. Tagung des Völkerbundsrates erfolgte an den letzten beiden Tagen in der üblichen Weise ohne besonderes Aufsehen. Einzig zur Ankunft des italienischen Außenministers, die am Sonntag abend erfolgte, war die Bahnhofshalle nach den jüngsten Angriffen der italienischen Presse auf die Schweiz polizeilich streng abgesperrt worden, und auch im Quartier der italienischen Abordnung, im „Hotel des Berges", ist eine zwar unsichtbare, aber darum nicht weniger strenge Bewachung durch Geheimpolizisten eingerichtet.

Der deutsche Ratsvertreter, Staatssekretär von Schubert, hatte nach seiner Ankunft eine erste, dreiviertelstündige Besprechung mit dem polnischen Außenminister Zaleski über die wegen des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens zu führenden Verhandlungen. Die Tatsache, daß Gesandter Roeschar mit der deutschen Abordnung hierher gereist ist, wird als Beweis dafür betrachtet, daß die deutsch-polnischen Besprechungen geführt werden sollen, trotzdem Außenminister Curtius im Haag festgehalten wird.

Der englische Außenminister Henderson empfing bereits als erster der Delegierten die Vertreter der Presse, um ihnen einen Ueberblick über das zu geben, was von englischer Seite als die wichtigsten Angelegenheiten dieser Ratstagung betrachtet wird. Es sind dies die Einsetzung der elfgliedrigen Kommission für die Vorbereitung der Anpassung des Völkerbundspaktes an den Kelloggpakt, die Einberufung der Zollfriedenskonferenz im Februar und verschiedene Mandatsfragen. Es bestätigt sich, daß Henderson schon am Dienstag abreist, um für die letzten Vorbereitungen der Seebrückungskonferenz am Donnerstag wieder in London zu sein.

Was haben die Franzosen vor?

Zur Verlängerung der Amtsdauer der Saarregierung.

= Saarbrücken, 15. Januar.

Die Tatsache, daß der Völkerbundsrat ausgerechnet zwei Tage vor der Wiedereröffnung der Pariser Saarverhandlungen in der Genfer Eröffnungssitzung am Montag das Mandat der Mitglieder der Saarregierungskommission auf ein weiteres Jahr verlängert hat, erregt im Saargebiet bei den politischen Kreisen einiges Aufsehen. Allerdings ist das formale Recht des Völkerbunds innerhalb des Rahmens seines Machtbereichs nicht bestritten und es erscheint bei dem heutigen Stand der Dinge auch wenig wahrscheinlich, daß noch im Laufe dies Jahres eine Bereinigung der Saarfrage im Sinne völliger politischer und wirtschaftlicher Rückgliederung ins Reich vollzogen werden kann.

Frankreich geht ersichtlich darauf aus, seine in Versailles festgesetzten Rechte bis auf das äußerste auszunutzen, insbesondere vertritt die französische Regierung sogar durch den Mund Briands die Auffassung, als ob die gegenwärtigen Verhandlungen ausschließlich wirtschaftlicher und nicht politischer Natur seien; während im Saargebiet stets entsprechend einem Ausspruch Stresemanns angenommen worden ist, daß auch die Verhandlungen zur Festlegung des Youngplanes unter der Voraussetzung einer Einigung in der Saarfrage abgeschlossen würden. Bei den Franzosen wird es immer deutlicher, daß vor allem der französische Montankapitalismus seine Rechte aus dem Pachtvertrag mit der Internationalen Saarkommission auftreibt erhalten möchte, um auch noch nach der Rückkehr der Saargruben in deutschen Staatsbesitz im Warndt, das heißt, im besten noch unerschlossenen Kohlenrevier des Saargebietes seinen Raubbau fortsetzen zu können.

Aus dem In- und Auslande.

Die Thüringer Regierung gebildet.

Weimar, 15. Januar. Die Verhandlungen der Landvolkpartei, Wirtschaftspartei, Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Deutschen Volkspartei des Thüringer Landtages über die Neubildung der Regierung sind abgeschlossen worden. Danach wird der Landvolkparteiler Erwin Baum das Finanzministerium, der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Wilhelm Frick-München das Ministerium des Innern und der Volksbildung und der Rechtsanwalt Dr. Willy Kästner, Wirtschaftspartei Gotha, das Wirtschafts- und Justizministerium übernehmen.

Arbeitsminister Elsner zum Rücktritt gezwungen.

□ Dresden, 15. Januar.

Die erste Sitzung des Sächsischen Landtages im neuen Jahre verlief nicht so harmlos, wie man wohl angenommen hatte. Schon vorher kam es im interfraktionellen Ausschuß zu lebhaften Auseinandersetzungen, bei denen eine weitgehende Unzufriedenheit über den Arbeitsminister Elsner zum Ausdruck kam und die Regierungsparteien betonten, daß sie zu Elsner kein Vertrauen mehr haben könnten. Man rief schließlich Ministerpräsident Dr. Bünger herbei und beauftragte ihn, mit Arbeitsminister Elsner über einen Rücktritt zu verhandeln. Nach einer längeren Unterredung konnte Bünger dem Ausschuß mitteilen, daß Elsner in den nächsten Tagen zurücktreten werde.

Elsner war von 1924 bis 1928 Arbeitsminister in den verschiedenen Kabinetten Heldt und trat vor einigen Monaten erneut in die Regierung ein, als die Altsozialisten sich den Regierungsparteien angeschlossen hatten.

Die Steuerverweigerungsbewegung in Indien.

London, 15. Januar. Nach einer Reutermeldung aus Kalkutta sind im Bezirk von Jessor alle öffentlichen Veranstaltungen und öffentlichen Zusammenkünfte verboten worden. Die Steuerverweigerungsbewegung sei damit praktisch zu einem Ende gekommen. Der Sekretär des örtlichen Kongreßausschusses und Führer der Steuerverweigerungsbewegung in Bandbila ist unter der Beschuldigung verhaftet worden, auf einen Steueragenten einen Mordanschlag verübt zu haben.

Abschaffung des Stahlhelms in England.

London, 15. Januar. Wie auf einer Versammlung der Territorial-Truppen in Brighton amtlich mitgeteilt wurde, hat sich das Kriegsministerium entschlossen, bei den Truppen den Stahlhelm als Friedensausrüstungsbestandteil abzuschaffen. Diese Maßnahme ist auf Vorstellungen seitens der Territorial-Truppen beim Ministerium zurückzuführen.

Der Kampf gegen den Kommunismus in Litauen.

Kowno, 15. Januar. Das oberste Gericht hat ein Urteil des Kriegsgerichts, durch das zwei Kommunisten zum Tode und eine Kommunistin zu lebenslänglichem Kerker verurteilt wurden, bestätigt. Die Angeklagten hatten sich wegen Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei, wegen Vertreibens kommunistischer Literatur und wegen Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes zu verantworten.

Kleine politische Meldungen.

Nadir Khan erkennt Amanullahs Schulden an. Die neue afghanische Regierung hat sich bereit erklärt, in alle Verpflichtungen der früheren afghanischen Regierung gegenüber der Reichsregierung einzutreten und die seinerzeit von Amanullah bestellten Waren zu übernehmen.

Die Internationale Parlamentarische Handelskonferenz. In Nizza trat der Hauptausschuß der Internationalen Parlamentarischen Handelskonferenz zusammen. Deutschland wird durch den demokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Oskar Meyer vertreten.

Eingeborenen-Unruhen in Queensland. Nach Berichten aus Queensland kam es in Carnarvon zu schweren Unruhen der Eingeborenen. Der Bürgermeister und mehrere andere Europäer wurden schwer verwundet.

Jenisichan Vizepräsident der chinesischen Republik. General Jenisichan ist zum Vizepräsidenten der chinesischen Republik und stellvertretenden Oberbefehlshaber sämtlicher chinesischer Streitkräfte ernannt worden.

Aus der Umgegend

Nebra, 16. Januar.

— **Bürgerverein.** Am Sonnabend abend hält der Bürgerverein im „Weißen Roß" seine Jahreshauptversammlung ab. Die Tagesordnung ist aus der Bekanntmachung in der heutigen Nummer des Anzeigers zu ersehen. Da dem Bürgerverein auch in diesem Jahre wichtige Aufgaben erwachsen, ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich.

— **Nach Bitzenburg** ins „Schweizerhaus" locken am Sonnabend abend Bratwurst- und Hammelbratenduft alle Freunde eines bekömmlichen, soliden Schmauses, der durch Darreichung von in der Wirthmannschen Küche besonders gut geratenen thüringer Klöße noch eine besonders empfehlenswerte Note erhält. So mögen sich denn die Freunde eines aufs beste vorbereiteten Mahles und einiger sich anschließenden frohen Stunden in Bitzenburg zusammenfinden.

— **Mehr Sauberkeit in der Oeffentlichkeit.** Es ist eine traurige Beobachtung, daß das Publikum auf der Eisenbahn wie auch in anderen öffentlichen Verkehrsmitteln wenig auf Sauberkeit hält. Nicht allein werden Papier, Asche, Obstschalen usw. achtlos auf den Boden geworfen, sondern manche verwechseln sogar die Sitzbank mit einer Fußbank. Oft kommt es dann vor, daß sich später zusteigende Personen an der beschmutzten Bank die Kleider besudeln oder gar unbrauchbar machen. Eine andere Unsitte ist es, schmutzige Körbe und Pakete auf die Sitzbänke zu legen. Man mache es sich zur Regel, die Verkehrsmittel so sauber zu verlassen, wie man sie anzutreffen wünscht. Den Nutzen hat dann die Allgemeinheit und schließlich auch wir selbst.

— **Neue Wohnungen in Preußen.** Im Kalenderjahr 1929 sind in Preußen 198 530 neue Wohnungen errichtet worden. Hiervon wurden mit Hilfe von Hauszinssteuerhypotheken 142 162, mit anderen öffentlichen Mitteln 22 810 und ohne öffentliche Mittel 33 558 Wohnungen erstellt. Das Ergebnis des Jahres 1928 mit zusammen 185 456 Wohnungen ist demnach noch um rund 13 000 Wohnungen überschritten worden. Die Zahl der daneben am 31. Dezember 1929 noch im Bau begriffenen, also in das Jahr 1930 hinübergenommenen Wohnungen beträgt 104 441 gegenüber 96 515 am Ende des Jahres 1928.

— **Warnung vor Annahme falschen Geldes.** In letzter Zeit sind besonders folgende Sorten falschen Geldes in Umlauf gesetzt worden: Reichsbanknoten zu 10 Rm., erkenntlich durch schlechteren Druck, besonders des männlichen Kopfbildes. Die Augen sehen starr, oft etwas schielend. Die hellblaue Farbe auf der rechten Seite des Scheines ist mit klebriger Lackfarbe nachgemacht, die beim Halten gegen das Licht nicht blau, sondern graugrünlich erscheint. Fünfmarkstücke mit gutem Klang, etwa 4 Gramm zu leicht, versilbert, heller aussehend als echte Stücke und etwas stärker. Zweimarkstücke, sehr gut nachgemacht, Messing versilbert, im Klang heller. Die Rückseite ist wie mit einem feinen Spinnwebennetz überzogen, von Prägerüständen herrührend.

— **An das wettende Publikum!** In letzter Zeit sind mehrfach Fälschungen von Wettscheinen vorgekommen. Die vom Wetter achtlos weggeworfenen Scheine über sieglose Pferde werden oft aufgehoben und in Wettscheine mit siegbringenden Pferden verfälscht. Um Schädigungen von Personen zu verhindern, sei allen Wettern empfohlen, die nicht mehr gültigen Scheine so zu vernichten, daß diese nicht mehr zu Fälschungen verwendet werden können.

— **Beanstandete Einschreibebriefe.** Von seiten der Post wird häufig darüber geklagt, daß eine ganze Anzahl der zur Versendung kommenden Einschreibebriefe unvorschriftsmäßig verschlossen sind. Viele dieser Briefe sind mit Markenstreifen verschlossen oder tragen auffallende Spuren von Leim, so daß es aussieht, als ob sie unberechtigt geöffnet worden seien. Die Post wird in Zukunft solche nicht regelrecht verschlossenen Einschreibebriefe von der Beförderung ausschließen.

— **Statistik über die Bautätigkeit 1929.** Das Thüringische Staatsministerium fordert die Baupolizeibehörden und die Thüringer Hochbauämter auf, die ihnen vom Thüringischen Landesamt zugehenden Erhebungsbogen zur Statistik der Bautätigkeit im Jahre 1929 pünktlich bis zum 1. Februar 1930 an das Thüringische Statistische Landesamt in Weimar ausgefüllt zurückzusenden bzw. Fehlanzeige zu erstatten.

— **Domänenpachtaufkommen der Provinz Sachsen.** Bei der Beratung des Domänenetats im Hauptausschuß des Preußischen Landtags berechnete der preußische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger das Domänenpachtaufkommen der Provinz Sachsen auf 2 918 959 Rm. Die Rückstände der Domänen betrugen 619 770 Rm.

Roßleben. [Von der Post.] Das Postamt Roßleben befand sich bisher mietweise in dem Postgrundstück am Bahnhof. Vor einigen Tagen ist das Grundstück, das einem Lauchaer Herrn gehörte, käuflich von der Reichspost erworben worden, sodaß nunmehr das Postamt sich im eigenen Heim befindet.

Donndorf. Böse Menschen gibt es anscheinend auch in unserer Gemeinde. Dem seit einem Jahre in unserer Gemeinde ansässigen Pfarrer Jakobs sind kurz hintereinander zwei wertvolle Schäferhunde vergiftet worden. Es ist noch nicht gelungen, den tierfeindlich gesinnten Einwohner zu ermitteln, aber man hofft, dies noch zu erreichen.

Gehofen. [Probepredigt.] Am vergangenen Sonntag hielt Herr Pastor Jahr aus Halle a. S. im Gottesdienst eine Probepredigt. Derselben lag das Gleichnis vom barmherzigen Samariter zugrunde. Nach Beendigung der Predigt teilte Herr Jahr mit, daß Herr Pastor Fischer sich am 25. d. M. im Gottesdienste von seiner Gemeinde verabschieden wird.

Kalbsrieth b. Artern. [Ein seltener Fall.] In unserem Ort mit einer Einwohnerzahl von 700 Seelen war im Jahre 1929 nur ein einziger Todesfall zu verzeichnen, und zwar starb ein Landwirt im Alter von 93 Jahren.

Kölleda. Herr Gastwirt Hugo Kübelstein in Dermsdorf übernimmt vom 1. Februar ab pachtweise die W. Stichling'sche Fleischerei Markt 20 in Kölleda.

Buttstädt. Wie die schlechte Wirtschaftslage des deutschen Volkes sich auswirkt, zeigte die vor einigen Tagen im Amtsgericht stattgefundene Zwangsversteigerung des Gasthauses „Zum weißen Roß" am oberen Roßplatz hier. Das Grundstück ist sonst gut 50 000 bis 60 000 RM. wert; nun wurde es für das Höchstgebot von 18 800 RM dem Landwirt O. Ziegler aus Niederreißen zugeschlagen.

Sangerhausen. Die Sparkasse will hoch hinaus. Mit dem Verkauf des Eckhauses Göpenstraße und Neuehäuser Straße an die Stadtsparkasse Sangerhausen beginnen neue Pläne zum Bau der neuen Stadtsparkasse zu reifen. Es soll an dieser Ecke der Hauptstraße ein Hochhaus entstehen. In der Hauptsache soll das Haus Kassen- und Verwaltungsräume der Sparkasse sowie vielleicht noch andere städtische Büros erhalten. Die alten Räume im Rathaus haben sich längst als nicht mehr geeignet erwiesen. Die Sparkasse Sangerhausen gedenkt das Gebäude zum größten Teil aus eigenen Mitteln zu errichten.

Kindelbrück. 10 Pfennig für das Weibchen. Am hiesigen Orte soll den Sperlingen energisch zu Leibe gegangen werden. Für jeden auf dem Rathause abgelieferten weiblichen Sperling wird ein Prämie von 10 Pfennigen gezahlt. Auf die männlichen Tiere wurde kein Kopfpreis gesetzt.

Auleben (Kreis Sangerhausen). Naturpalast unter der Erde. Auf dem Grund und Boden des Freiherrn von Schlotheim wurde am Fuße des Solberges, einem der Vorberge des Kyffhäusergebirges, der Eingang zu einer Höhle entdeckt, die sich weit unter der Erde hinzieht, sich in mehreren Sälen fortsetzt und deren Ende bis heute noch nicht erforscht ist. Man hofft, hier noch auf große Schönheiten unter der Erde zu stehen.

Merseburg. Arbeitsbeginn an der Bahn Zöschen—Leipzig. In Horburg (Luppe-Aue) fand auf Einladung der Kreisverwaltung Merseburg eine Besprechung mit den Grundstückseigentümern statt, die Gelände für den Bau der Bahn Zöschen—Leipzig hergeben müssen. Es ist gelungen, von den Grundstückseigentümern das Einverständnis dazu zu erlangen, daß sie gegen den sofortigen Beginn der Erdarbeiten auf ihren Grundstücken keine Einwendungen erheben werden. Ueber die an die Besitzer zu zahlende Entschädigung soll weiter verhandelt werden.

Burgliebenau (Kreis Merseburg). Wälder wegen Wilderern gesperrt. Die Forstbehörde hat sich wegen des Ueberhandnehmens des Wilderernwesens veranlaßt gesehen, die Burgliebenauer Waldungen zu sperren. Alle Waldwege, die nicht ausdrücklich als öffentliche Wege bezeichnet werden, sind für den Verkehr verboten. Das ist eine empfindliche Maßnahme für die Bewohner Burgliebenaus und der umliegenden Ortschaften, für die der Wald eine gern besuchte Erholungsstätte bildete.

Nordhausen. Stresemann-Straße. Von bürgerlicher Seite wurde in der geheimen Sitzung des Stadtparlaments der Antrag gestellt, die Promenadenstraße nach dem Namen des verstorbenen Außenministers, Dr. Stresemann umzubennen. Da der Antrag eine große Mehrheit fand, wird der Magistrat der Anregung Folge leisten. Die Promenadenstraße gehört zu den repräsentativen Straßen Nordhausens.

Nordhausen. Ein ungetreuer Bürovorsteher. Der Bürovorsteher eines Rechtsanwalts in Nordhausen wurde wegen großer Veruntreuungen verhaftet. Die unterschlagene Summe beträgt mindestens 50 000 Mark.

Walkenried. Landschaftliche Perle der Vernichtung geweiht. Einer der schönsten Seen des Südharzes, der Priorteich in Blumenberg zwischen Bad Sachsa und Walkenried, der sich großer Beliebtheit bei Badefreunden erfreut, soll verschwinden. Die hiesige Domänenverwaltung hat die Absicht, den Teich leer laufen zu lassen, um brauchbaren Sand zu gewinnen. Man kann aber hoffen, daß die Verwaltung von diesem Plan abgebracht wird, der den Südharz um eine besondere Schönheit ärmer machen würde.

Schorlau (Kreis Weißenfels). Wegelagerer überfallen einen Knecht. Der Knecht eines Landwirts wurde in den Abendstunden, als er sich mit seinem Fahrrad auf dem Nachhauseweg befand, auf dem Wege

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300116-18/fragment/page=0002

zwischen Letha und Schortau von zwei Männern zum Halten gezwungen. Unter Drohungen nahmen ihm die Tagelagerer sein Bargeld in Höhe von 5 Rm. ab, worauf sie sich entfernten. Die von der Polizei sofort aufgenommene Verfolgung hatte kein Ergebnis.

Köthen. Gräßlicher Tod im Auto. In der Bernburger Straße stieß ein Radfahrer in voller Fahrt mit einem Kraftwagen zusammen. Er flog über die Lenkstange hinweg mit dem Kopf durch die Türscheibe. Die Scherben der starken Scheibe zerschnitten ihm die Halsschlagader, so daß schon nach wenigen Minuten der Tod eintrat. Der Tote ist der 24jährige jungverheiratete Kaufmann Otto Lorenz aus Köthen. Wie der Unfall geschehen konnte, ist ein Rätsel, da die Straße an der Unglücksstelle sehr breit und übersichtlich ist.

Schwarzburg. Schwere Sturmfolgen. Die orkanartigen Stürme haben in den Privat- und Staatsforsten des Schwarzatalgebietes wieder argen Schaden angerichtet. Ganze Baumgruppen sind zusammengebrochen. Die durch das Schwarzatal führenden Telegraphen- und Fernsprechlinien sind an mehreren Stellen durch Baumstürze zerrissen worden. Der Sprechverkehr kann nur auf Umwegen aufrecht erhalten werden. Telegraphenbautrupps sind mit der Instandsetzung beschäftigt. Der Wagen- und Autoverkehr ist infolge der über die Straßen gestürzten hohen Tannen stellenweise unterbrochen oder stark behindert. Forst- und Holzarbeiter beeilen sich, die Straßen wieder freizumachen.

Taupadel. 1000 Mark Belohnung. Der Erste Staatsanwalt in Altenburg hat die Belohnung von 500 Mark, die in der Mordsache Koch ausgesetzt worden ist, auf 1000 Mark erhöht. Der Tat dringend verdächtig ist nach wie vor der Oberviehmeister Karl Otto aus Goldschau. Es wird ersucht, alle zur Aufklärung dieses Verbrechens dienenden Wahrnehmungen und Tatsachen, auch wenn sie geringfügiger Art sind, unverzüglich nach Altenburg oder der nächsten Gendarmeriestation zu 3 J 642/29 mitzuteilen. Die Belohnung wird nach der rechtskräftigen Aburteilung des Täters unter Ausschluß des Rechtsweges verteilt.

Greiz. Im Streit totgestochen. In Greiz-Kurtschau hat sich eine blutige Messerstecherei abgespielt. Der 15jährige Erich Reinhold aus Greiz traf an den Baracken am Seidelsgraben den 18jährigen Rudolf Zenker aus Greiz, mit dem er in Feindschaft lebt. Reinhold stach auf seinen Gegner ohne weiteres los, so daß dieser zusammenbrach. Zenker erlag bereits auf dem Transport seinen schweren Verletzungen. Der Täter, der flüchtig wurde, und sich die ganze Nacht herumgetrieben hatte, ist jetzt in Plauen von einem Kriminalbeamten auf der Bahnhofstraße festgenommen worden. Er behauptete, in Notwehr gehandelt zu haben. Zenker war bis zu der Stelle, wo die Messerstecherei vor sich ging, mit dem Rad gefahren und sich Reinhold angefahren haben, weshalb es zur Messerstecherei kam.

Neustadt. Selbstmord wegen eines Unglücks. In der Nacht ließ sich der 21 Jahre alte Kraftwagenführer Erwin Heinecke aus Dobitzschen bei Altenburg vom beschleunigten Personenzug überfahren. Der Zugführer sah, wie sich H. vor den Zug warf. Der Zug konnte aber nicht mehr anhalten. Der Leichnam wurde furchtbar zugerichtet. Heinecke galt als ein fleißiger und gewissenhafter junger Mensch. Er hatte den Auftrag erhalten, seinen jüngeren Chef abzuholen. Dabei war sein Wagen oberhalb Neustadts in der Nähe von Moderwitz an einen Baum gefahren und stark beschädigt worden. Das nahm sich Heinecke so zu Herzen, daß er seinem Leben ein Ende machte.

Aus Nah und Fern.

Magdeburg. Großfeuer in einer Fabrik. In der Nacht brach hier in der Faßfabrik von Oppermann ein Großfeuer aus, das die ganze Nacht hindurch wütete. Aus zwölf Strahlrohren wurden große Wassermengen in das Feuer geschleudert. Dadurch gelang es, den Brand auf seinen Herd zu beschränken und weitere bedrohte Bauteile vor der Vernichtung zu bewahren. Der Mittelbau mit seinen zwei Geschossen wurde eingeäschert. Die Ursache ist noch nicht endgültig geklärt, doch hat es den Anschein, daß Brandstiftung vorliegt.

Quedlinburg. Was die Talsperren kosten? Der Gesamtgeldbedarf für die Talsperren im Osthartz beläuft sich auf 75 Millionen Mark. Geplant sind: Bei Rübeland eine Portalsperre, Ueberleitungsstollen, Rappbodesperre, Wendefurther Sperre, Druckstollen Wendefurth—Thale, Ausgleichsweiher unterhalb Thale und Fernwasserleitung nach Magdeburg. Man rechnet damit, daß die Anlagen 1934 betriebsfertig sein werden.

Hamburg. Die Schäden des Sturms im Hafen. Nachdem bereits ein Abflauen des Sturmes zu verzeichnen war, hat sich die Wetterlage über Nacht weiter beruhigt. Wie aus Cuxhaven berichtet wird, sind dort mehrere Schiffe, die auf See von dem stürmischen Wetter überrascht worden waren, in teilweise stark beschädigtem Zustande eingelaufen. So kam der Kieler Dampfer „Cereal" mit starker Schlagseite an. Durch das starke Schlingern des Dampfers in der bewegten See hatte sich die Getreideladung verlagert, so daß eine Seite Uebergewicht bekam. Es heißt, daß auch ein Mann der Besatzung über Bord gespült worden ist. Der polnische Dampfer „Rewa" ist mit stark beschädigten Decksaufbauten eingelaufen. Während des Sturmes ist auf dem Torpedoboot „Albatros" in der Nähe des Leuchtschiffes „Elbe I" der Oberdeckoffizier Oehlschläger über Bord gespült worden. Er konnte erst 1½ Stunden später unter den schwierigsten Verhältnissen vom Torpedoboot „Wolf" geborgen werden. Die Boote liefen dann sofort Cuxhaven an, wo im Marinelazarett Wiederbelebungsversuche vorgenommen wurden, die jedoch ohne Erfolg blieben.

Glauchau. An der Papageienkrankheit gestorben. Von den in Glauchau seinerzeit ins Krankenhaus eingelieferten 10 Kranken ist jetzt die 55jährige Frau Roscher trotz aller Bemühungen der Aerzte gestorben. Auch aus Stolpmünde werden drei Krankheitsfälle gemeldet, die schärfster Beobachtung unterliegen.

Stettin. Selbstmord eines Gefreiten. Im Eckersberger Wald bei Stettin erhängte sich der 25jährige Obergefreite Horst Herig vom Artillerieregiment 2 aus noch unbekannten Gründen.

Gattenmord bei Landshut.

Die Leiche im Dickicht gefunden.

+ Landshut, 14. Januar.

In der Nähe von Landshut ist ein schwerer Gattenmord verübt worden. Im Dickicht eines Waldes bei Klüham fand man die bereits von Füchsen angefressene Leiche der Hilfsarbeiterfrau Maria Oberndorfer.

Es wurde sofort angenommen, daß die Frau ermordet und ihre Leiche in den Wald geschleppt worden sei. Die Sektion der Leiche hat bereits stattgefunden. Der Verdacht der Täterschaft richtete sich gegen den Ehemann, der bis vor 14 Tagen etwa ein halbes Jahr auf einer Arbeitsstelle in der Nähe von Augsburg beschäftigt war und nun zurückgekehrt ist. Der Mann wurde in das Landgerichtsgefängnis Landshut eingeliefert und hat bereits ein Geständnis abgelegt.

Wieder ein Raubüberfall in Berlin.

Berlin, 14. Januar.

Schon wieder ist auf einen Kassenboten ein Raubüberfall verübt worden. Der 62jährige Kassenbote Max Faustmann, der bei der Innungskrankenkasse der Tischlerinnung angestellt ist, besorgt den Geldverkehr der Kasse, die bei der Stadtbank-Filiale in der Köpenicker Straße ihr Konto hat. Faustmann war jetzt wieder nach der Stadtbank gegangen und hatte dort 5000 Mark abgehoben.

Als er zu den im ersten Stockwerk des Hauses Michaelkirchstraße 15 gelegenen Räumen der Krankenkasse aufstieg, standen auf der Treppe mehrere junge Leute. Einer von ihnen stellte dem alten Mann ein Bein, so daß er zu Fall kam. Als er auf der Treppe lag, wurde er zuerst mit einem Gummiknüppel und dann mit einem harten Gegenstand auf den Kopf geschlagen.

Gleichzeitig versuchte man ihm die Tasche mit dem Geld zu entreißen. Faustmann rief um Hilfe. Eine Frau kam hinzu, worauf die Räuber von ihrem Opfer abließen und die Treppe hinunterellten. Auf der Straße liefen sie nach verschiedenen Richtungen auseinander. Einer von ihnen wurde viele Straßen hindurch verfolgt, entkam aber seinen Verfolgern in einer Passage. Das Geld wurde nicht geraubt, denn Faustmann hatte die Tasche mit aller Kraft festgehalten, so daß sie ihm nicht entrissen werden konnte.

Die vergiftete Weichsel.

Die polnische Presse schlägt wegen einer Warschau drohenden Vergiftungsgefahr Alarm. Es handelt sich darum, daß ein gewaltiges Reservoir der polnischen Chemischen Fabrik Nittrat geplatzt ist und 16000 Liter einer giftigen Säure in den Fluß Czarna ergossen hat. Die Czarna mündet durch die Pilica in den Oberlauf der Weichsel und trägt den Giftstoff demnach weiter.

In den genannten Nebenflüssen sind bereits alle Fische getötet worden und werden jetzt angeblich in Massen von den Uferbewohnern aufgefangen und an Händler verkauft, die sie nach Lodz bringen. Die Sicherheitsbehörde habe alle Schritte getan, um die Bevölkerung vor dem Einkauf dieser vergifteten Fische und vor der Benutzung des Flußwassers zu warnen.

Die Fische sollen konfisziert werden. Wie die Untersuchung ergeben hat, ist das Platzen des großen Säurebehälters auf eine verbrecherische Tat zurückzuführen. Man nimmt an, daß es sich um den Racheakt eines entlassenen Arbeiters handelt. Da die Warschauer Wasserleitung aus der Weichsel gespeist wird, hat das Innenministerium der Filtrierstation den Befehl erteilt, den Zufluß sofort abzusperren. Die Wasserleitungen sollen einige Tage aus den Reservebehältern gespeist werden. Das vergiftete Weichselwasser ist nach Meinung der Sachverständigen am Dienstag mittag bei Warschau eingetroffen und floß etwa drei Stunden lang mit einer Geschwindigkeit von einem Meter in der Sekunde ab.

Auf der Germania-Werft in Kiel lief dieser Tage der Turbinendampfer „Bitterfeld", eins der zurzeit im Bau befindlichen acht Schnellfrachtschiffe der Hamburg-Amerika-Linie, von Stapel. Bei einer Größe von 7200 Brutto-Registertonnen wird seine Geschwindigkeit 15 Knoten betragen.

Wetterlage.

Ueber dem Alpengebiet hat sich ein Hochdruckgebiet gebildet, von dem aus warme Luftmassen nach Nordosten strömen. Die warme Luft hat ihren Ausgangspunkt in der Gegend von Teneriffa, wo gegenwärtig 17 bis 19 Grad Wärme herrschen. Noch in Südfrankreich wurden stellenweise 17 Grad Wärme gemessen. Da die kälteren Luftmassen in Nordwesten Europas bisher wenig Neigung zeigen, gegen den Kontinent vorzudringen, dürfte ganz Deutschland das für die Jahreszeit sehr milde Wetter behalten. Stellenweise werden auch noch leichte Regenfälle auftreten.

Spiel und Sport.

Stuttgart, die Stadt des nächsten Deutschen Turnfestes 1933, als Turnstadt. Stuttgart, die schwäbische Hauptstadt, die bereits über 400000 Einwohner zählt, hat heute 10249 Turnvereinsangehörige; davon 7654 Männer, 1615 Frauen, 1022 Knaben und 1217 Mädchen. Die größten Vereine sind: Männertv. Stuttgart 1572 Angehörige, Tv. Cannstatt 1495 und Tbd. Stuttgart 1411. Neben dem Stuttgarter Turngau gehören eine Anzahl Vereine dem Mittleren-Neckar-Städtegau an. Stuttgart ist am Werke, für die Zukunft einen Großgau Stuttgart zu schaffen.

Helfer für sparsames Wirtschaften:

MAGGI[5] Würze
für Suppen, Soßen, Gemüse usw. in Flaschen von 20 Pfg. an.

MAGGI[5] Suppen
in Würfeln. Kochfertig. 28 Sorten. 1 Würfel für 2 Teller 13 Pfg.

MAGGI[5] Fleischbrühe
Die Bouillon für alle Zwecke. 1 Würfel für ¼ Liter 4 Pfg.

Raubvögel über dem Rauneckhof

Originalroman von Anny v. Panhuys

48. Fortsetzung — Nachdruck verboten

„Der Angegriffene war sicher ein schlappes Kerlchen. Ich wollte es mit dreien von solchem Gaunergesindel aufnehmen."

Ilse schmiegte sich fest an ihn. Das glaubte sie gern, Frank sah nicht aus, als wenn er irgendeiner Gefahr aus dem Wege ging.

Das Auto durcheilte ein Dorf, gewann die offene Landstraße. Mit einem Male gab es einen lauten schußähnlichen Knall und Ilse fühlte deutlich, wie Frank neben ihr erbebte.

Sie wußte sofort, ein Pneumatik war geplatzt, weshalb erschrak er nur gleich wie eine nervöse Dame?

Der Chauffeur war abgesprungen, meldete, ein Reifen sei gesprungen, aber er habe leider keinen Ersatzreifen. Er habe das Fehlen des Ersatzreifens schon vor ein paar Tagen gemeldet und trage keine Schuld.

Ilse nickte. „Ich vergaß, an unseren Reifenlieferanten zu telephonieren. Aber vielleicht machen wir einen kleinen Nachtspaziergang. Bis zum nächsten Dorf, dort hinter dem schmalen Wald, ist's kaum zwanzig Minuten. Dort fährt der Zug nach Frankfurt durch. Der Chauffeur aber läuft zurück ins andere Dorf, der Schmied hat Garage und wohl auch Ersatzreifen. In der Wirtschaft war noch Licht, die Leute helfen gern."

Die Baronin fand den Vorschlag gut.

„Natürlich, wenn es nicht weiter bis zur nächsten Station ist wie zwanzig Minuten, so tut uns die unvorhergesehene Promenade ganz gut, glaube ich."

Frank aber sagte fast heftig: „Wir müssen an dem Wald da vorn vorbei. Im Auto kann man das um diese Zeit, aber zu Fuß wäre es Leichtsinn." Er faßte den Chauffeur am Aermel. „Sie müssen weiterfahren, es geht auch mit defekten Reifen."

„Aber ich fahre doch dadurch den Reisen in Fetzen," widersprach der Chauffeur, „ich käme mir dann ja vor wie ein Autoschinder."

„Wie Sie sich vorkommen, darauf können wir keine Rücksicht nehmen," antwortete der Baron schroff. „Da Ihnen das Auto nicht gehört, entsteht Ihnen auch kein Schaden. Also gehen Sie an Ihren Platz und dann los."

Ilse war betroffen. War das der Mann, der kurz zuvor noch behauptet, er würde es mit drei Gaunern aufnehmen, der sich nun so feige anstellte, daß sie sich fast vor dem Chauffeur schämte?

Sie wollte etwas sagen, aber wäre es nicht peinlich für Frank gewesen, wenn sie vor dem Chauffeur seiner Anordnung widersprochen hätte?

Sie sagte: „Da vorn geht jemand, ich sehe es ganz deutlich, wollen rufen und uns anschließen."

Frank kämpfte mit sich, ihm schien ein nächtlicher Spaziergang nicht ganz geheuer.

Er meinte hastig: „Der Himmel mag wissen, was das für ein Mensch ist. Wer sich um diese Stunde auf der Landstraße herumtreibt, dürfte mindestens mit Mißtrauen betrachtet werden."

Ilse war ganz seltsam zumute. Sie hatte Frank feige gesehen, es ließ sich nicht wegleugnen. Und Frauen lieben wohl zumeist am Manne persönlichen Mut.

Sie dachte daran, wie er zusammengeschreckt, als der Reifen geplatzt, dazu kam noch seine Angst, ein reichliches Viertelstündchen durch die im Mondeslicht so friedlich daliegende Landschaft zu wandern.

Sie sah dicht neben sich sein kühnes, scharfes Profil und ihr schien, es veränderte sich jetzt, würde weich und weibisch.

Sie war auf sich selbst böse. Frank hatte natürlich nur ihretwegen Angst, nur ihretwegen. Sie wollte das annehmen, wollte und mußte das glauben.

In diesem Augenblick stand plötzlich, wie aus der Erde gewachsen, eine hohe breitschulterige Männergestalt neben dem Auto und lüftete den Hut. Eine wohlbekannte Stimme klang an Ilses Ohr.

„Ich habe da seitlich im Gras gelegen und ein bißchen in die Natur hineingelauscht. Ich war in Soden und will zu Fuß nach dem Rauneckhof. Ich hörte wider Willen Ihre Unterhaltung und bitte die Herrschaften, mich bis zur nächsten Station anschließen zu dürfen, dann sind die Damen für alle Fälle geschützter."

Frank atmete erleichtert auf, Ilse war plötzlich hellhörig.

„Natürlich, Herr Inspektor, gehen wir zusammen, da wir ja doch denselben Weg haben," erwiderte der Baron und nun verließen die vier Insassen das Auto, die kleine Karawane setzte sich in Bewegung.

Voran schritt Ulrich Werdenberg mit Ilse und der Baronin, ein paar Schritte dahinter folgte Frank Wildhard und Jutta Linden. Jutta fand die Gelegenheit außerordentlich passend, ihre Eifersucht zu lüften.

Sie raunte dem Manne mit unterdrückter Stimme zu, weshalb er im Sodener Kurpark den verschwiegenen Weg gesucht und Ilse geküßt.

Frank fühlte es heiß und kalt über seinen Körper strömen. War denn Jutta ganz vom Leibhaftigen besessen, ihm hier, wenige Schritte von Ilse entfernt, eine Eifersuchtsszene machen zu wollen. Sie forderte ja das Unheil geradezu heraus.

Er raunte zurück: „Um des Himmels Willen still, sonst verdirbst du alles."

„Ich passe auf, du, es gibt ein Unglück, wenn du mich betrügst," stieß sie hervor.

Und wenn es auch leise und unterdrückt geschah, schwebte Frank Wildhard doch in der Gefahr, der nächste Satz könne von der Erregten zu laut gesprochen werden und dann war das lohnende Spiel verloren.

Er wußte sich, obwohl er ihr jetzt am liebsten an die Kehle gesprungen wäre, doch keinen anderen Rat, als sie bei der Hand zu fassen, die er wie im Ueberma eines starken Gefühls fest drückte, während er kosend flüsterte: „Mein Liebling!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300116-18/fragment/page=0003

Die Mandatsfrage im Völkerbund.

Um die Zollfriedenskonferenz.

Genf, 15. Januar.

Der zweite Tag der Ratssitzung begann mit einer Aussprache über die Bemühungen, den Kellogpakt dem Völkerbundspakt anzugleichen, wobei die englischen Absichten soweit gehen, den Kriegsächtungspakt vollkommen in die Grundlagen des Völkerbundes hineinzuarbeiten.

Der Rat befaßte sich alsdann mit der Behandlung der Mandatsfrage. Behandelt wurden die Mandatsgebiete von Südafrika, Palästina und dem Irak. Der italienische Vertreter Grandi vertrat in der Aussprache den Standpunkt, daß die Aufhebung des Mandatsverhältnisses vom Mandatsausschuß vorher eingehend geprüft werden müsse, namentlich hinsichtlich der Rechte auf die wirtschaftliche Gleichberechtigung aller Mitglieder des Völkerbundes.

Staatssekretär von Schubert führte aus, daß in der Ankündigung der Aufhebung des Mandatsverhältnisses zweifellos die Andeutung eines erfüllten Fortschrittes des betreffenden Landes liege. Bei der Aufhebung des Mandatsverhältnisses müsse vor allem den Interessen der Mandatsbevölkerung in liberalster Weise Rechnung getragen werden.

Der englische Außenminister Henderson erklärte, daß es sich jedenfalls um ein Mißverständnis handele, wenn der Mandatsausschuß annehme, daß er irgendwelche Befugnisse habe, zur Frage der Aufhebung eines Mandatsverhältnisses oder zum Eintritt dadurch selbständig gewordener Staaten in den Völkerbund irgendwelche Bedingungen festzusetzen.

Staatssekretär von Schubert erstattete mehrere Berichte über die Wirtschaftsfragen des Völkerbundes.

Er teilte mit, daß die Einberufung der Zollfriedenskonferenz auf den 17. Februar festgesetzt sei. Die Einladung sei von 26 Staaten in zustimmendem Sinne beantwortet worden. Der Bericht wurde angenommen, ebenso der Bericht über die Einberufung des Wirtschaftsrates für den 2. Mai. Als Berichterstatter teilte Henderson mit, daß die rumänisch-ungarische Optantenfrage zurzeit im Haag behandelt würde und deshalb auf der gegenwärtigen Ratstagung nicht beraten werde. Der ungarische und rumänische Vertreter erklärten sich hiermit einverstanden. Der Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, berichtete über den Stand des Baues des neuen Völkerbundsgebäudes, wobei er die Hoffnung ausdrückte, daß im nächsten Herbst mit dem Bau begonnen werden könne.

In der Geheimsitzung des Rates wurden einige Wahlen vorgenommen.

Die deutschen Ostverbände.

Trauerkundgebung im Berliner Wintergarten.

Berlin, 14. Januar.

Den Zehnjahrestag der Losreißung der deutschen Ostgebiete vom Reich hat der Reichsverband der heimattreuen Ost- und Westpreußen gemeinsam mit den anderen landmannschaftlichen Ostverbänden in einer Trauerkundgebung begangen, bei der die Reichs- und Staatsbehörden und die Volksvertretungen zugegen waren.

Nach einer Begrüßungsansprache des Regierungspräsidenten z. D. Grafen Dohna-Finn, des Vorsitzenden des veranstaltenden Verbandes, hielt der Landtagsabgeordnete Riedel einen Vortrag, in dem er auf Grund seiner genauen Kenntnis der Verhältnisse als früherer Vorsitzender des Ostausschusses des Preußischen Landtages, ein Bild von den schweren Schädigungen wirtschaftlicher und kultureller Art entwarf, die die Grenzen des Versailler Diktats dem gesamten Deutschtum im Osten zugefügt haben. Besonders gedachte er dabei auch der Notlage der Landwirtschaft, und seine Rede gipfelte in der Mahnung an Reich und Staat, dem Osten mit besten Kräften zu helfen und in einem Appell an den Völkerbund, ein wachsames Auge auf das gefährliche Ostproblem zu haben. Die Feier, die von Musikvorträgen umrahmt war, hinterließ bei allen Teilnehmern einen guten Eindruck.

Grausamer Raubmord bei Paris.

Ein kaltblütiger Verbrecher.

Paris, 15. Januar.

Ein mit außergewöhnlicher Kaltblütigkeit und Grausamkeit durchgeführtes Verbrechen ereignete sich auf der Straße nach Straßburg. Ein Pariser Droschkenchauffeur wurde in den Abendstunden in Paris von einem jungen Mann in Begleitung einer jungen Frau gebeten, ihn nach Straßburg zu fahren. Einige Kilometer hinter dem Flugplatz von Le Bourget ließ der Mann den Wagen halten, stieg aus und bat auch den Chauffeur, mit ihm einige Schritte auf der Landstraße zu gehen, während die Frau im Innern des Wagens verblieb. Kaum hatten sich die beiden einige Meter vom Auto entfernt, als der Fremde sich plötzlich umwandte und dem Chauffeur eine Kugel direkt in den Mund jagte. Trotz der schweren Verletzung gelang es diesem aber, die Flucht zu ergreifen, doch stolperte er über einen Graben und fiel hin. Bald hatte ihn der Angreifer erreicht, und obgleich ihn der Unglückliche auf den Knien flehentlich um Schonung bat, jagte er ihm kaltblütig noch eine Kugel in den Kopf, die den sofortigen Tod herbeiführte.

Zufällig hatte ein Radfahrer, der sich in unmittelbarer Nähe befand, den ganzen Vorgang gesehen, wagte aber nicht einzugreifen und zu Hilfe zu eilen. Er fuhr vielmehr zum nächsten Telephon und alarmierte die Polizei, die sofort zwei Kriminalbeamte mit Motorrädern auf die Verfolgung des Mörders schickte. Sie fanden diesen noch beim Auto, damit beschäftigt, den Wagen wieder in Fahrt zu bringen. Trotz heftiger Gegenwehr gelang es ihnen, den Mann zu entwaffnen und ihn mit seiner Begleiterin auf die Polizei zu bringen. Dort entpuppte er sich als ein 20jähriger Straßburger mit seiner 22jährigen Freundin. Er gab an, ohne Arbeit zu sein und die Tat vorsätzlich ausgeführt zu haben, um sich in den Besitz des Geldes und des Autos zu setzen.

Der Sturm über Hamburg.

Hamburg, 14. Januar. **Der Sturm im Küstengebiet hält mit unverminderter Stärke an. Er erreicht in Hamburg in Böen 31 Sekundenmetergeschwindigkeit, was etwa der Windstärke 11 entspricht. Beim St. Pauli-Fischmarkt ist eine mit Zinkerz beladene Kastenschute gesunken. Beim Moorfleth schlug eine mit Futterstoffen beladene Schute voll Wasser und sank. In der Stadt selbst wurden wieder starke Gebäudeschäden angerichtet. Infolge der rechtzeitigen Sturmwarnung der Seewarte haben viele Dampfer auf der Unterelbe Anker geworfen, um besseres Wetter abzuwarten. Der französische Dampfer Pologne, der mit Auswanderern von Gdingen nach Le Havre unterwegs war, kollidierte auf der Fahrt durch den Kaiser-Wilhelmkanal bei stürmischem Wetter und Schneetreiben mit dem englischen Dampfer Cito, der von Hull nach Stettin bestimmt war. Bei Schiffe haben Schaden erlitten, konnten jedoch ihre Reise fortsetzen. Der polnische Dampfer Lodz kollidierte infolge des stürmischen Wetters beim Einlaufen in die Brunsbüttelkooger-Schleuse mit der Kaimauer. Dabei war die Oberdeckplatte beschädigt. In der Holtenauer Schleuse wurde der Hamburger Dampfer Pitea durch den Dampfer Sund geramm. Pitea erlitt Schaden, konnte aber die Fahrt fortsetzen.**

Die Hungersnot in China.

Zwei Millionen an Hunger gestorben.

London, 15. Januar.

Das Hungersnotgebiet in der Zentralprovinz Schensi im nordwestlichen China dehnt sich weiter aus. Von einer Bevölkerung von sechs Millionen Menschen sind im Laufe der letzten zwölf Monate nach zuverlässigen Schätzungen zwei Millionen an Hunger gestorben und weitere zwei Millionen sind — wie man befürchtet — in der Zeit bis Juni dieses Jahres dem gleichen Schicksal verfallen.

Diese Angaben stützen sich auf Mitteilungen eines Sonderdelegierten der internationalen Hungersnot-Hilfskommission, die nach einer eingehenden Untersuchung der Verhältnisse an Ort und Stelle soeben nach Peking zurückgekehrt ist. In dem Bericht der Kommission wird darauf hingewiesen, daß sich in einigen Bezirken die Bewohner nur noch mit Blättern und Abfällen aller Art ernährten. Auch das Mittel des Verkaufs der Kinder, zu dem zahlreiche Eltern ihre Zuflucht ergriffen, erweise sich als unwirksam. Große Teile der Bevölkerung erwarteten ihren sicheren Tod in völliger Verzweiflung, andere schlossen sich Banden an, deren Tätigkeit die Notlage des Hungersnotgebietes noch verstärke. Die Schrecken der Hungersnot würden weiterhin noch durch einen sehr schweren Winter vermehrt, wie er seit 40 Jahren nicht mehr zu verzeichnen war. Die Ursache der Hungersnot wird in drei ununterbrochenen Mißernten seit 1927 gesehen.

Verleihung des großen Preises an die Verlagsfirma Georg Westermann, Braunschweig.

Auf der Weltausstellung in Barcelona hat, wie eben bekannt geworden ist, die Firma Druckerei und Verlag Georg Westermann, Braunschweig, für „Westermanns Monatshefte", eine Wandkarte von Equador und sonstige Verlagswerke, die in den eigenen technischen Betrieben hergestellt wurden, den „gran Premio" erhalten. Diese Nachricht wird sicher allgemein mit großem Interesse aufgenommen werden, weil sie ein erfreuliches Zeichen dafür ist, daß die deutsche Wirtschaft im Auslande wieder an Ansehen gewinnt und weil sie Ausblicke dafür schafft, daß allmählich der uns verlorengegangene Boden im Auslande für deutsche Erzeugnisse wieder erobert wird, was im Interesse unserer passiven Handelsbilanz sehr zu begrüßen ist.

Wenn's draußen stürmt und wettert, ist eine Tasse guter Fleischbrühe, die zugleich wärmt und anregt, eine Wohltat. Man kann sich solche im Nu und jederzeit bereiten durch Auflösen eines Maggi-Fleischbrühwürfels in 1/4 Liter kochendem Wasser. Es ist deshalb empfehlenswert, diese praktischen Würfel stets vorrätig zu haben. Achten Sie beim Einkauf darauf, daß die Banderole rot-gelb ist und den Namen Maggi trägt. Diese Kennzeichen bürgen für Qualität.

Bürger-Verein.

Sonnabend, den 18. Januar, abends 8 Uhr

General-Versammlung

im „Weissen Ross".

Tagesordnung:

1. Jahres-Kassenbericht
2. Vorstandswahl
3. Wünsche und Anträge

Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Der Heimstättenbaubund e.G.m.b.H. Halle/S.-Zürich-Wien

gibt zu denkbar günstigsten Bedingungen

Darlehen für Errichtung von Eigenheimen, Ankauf von Althäusern und Ablösung von hochverzinslichen Hypotheken.

Auskunft erteilt die

Geschäftsstelle Sangerhausen
Inhaber K. Zeiske, Hüttenstr. 73

Gasthof „Zur Sorge".

Sonntag, den 19. Januar, von nachm. 3 1/2 Uhr an

Preisskat.

Um regen Besuch bittet **H. Bernschein.**

Sonnabend, den 18. Januar

Grosses Schlachtefest

10 Uhr Wellfleisch, abends Wurstschmaus.

Arbeiter-Turn- und Sport-Verein Nebra.

Voranzeige.

Sonntag, den 26. Januar cr.

Grosser Volksmaskenball

im **„Preussisch. Hof".**

„Ratskeller" Nebra

Sonntag, den 19. Januar

von abends 7 Uhr ab großer

Masken-Ball.

Die schönsten Masken erhalten Preise! ●

Musik wird gestellt von der Stadtkapelle Nebra.

Es ladet freundlichst ein **Ködderitzsch.**

Vitzenburg.

Zu dem am **Sonnabend, den 18. Januar** abends 8 Uhr stattfindenden

Wurst-u. Hammelschmaus

(Thüringer Klöße)

laden freundlichst ein **Otto Wirthmann und Frau.**

Drucksachen

liefert prompt und preiswert die

aller Art für alle Geschäftszwecke für jeden Privatbedarf in besten Ausführungen

Buchdruckerei Wilh. Sauer

Westermanns Monatshefte

Jedes Heft nur zwei Mark
Illustrierte Zeitschrift der Gebildeten

Freude am Bild
Freude am Wort

dem geistig Beweglichen durch „Westermanns". In Inhalt und Farbenfreudigkeit die höchste und mit dem Gesamtpreis von 2 Mark die billigste Zeitschrift dieser Art.
Mit der Beilage: Westermanns Monatshefte-Atlas ohne Erhöhung des Bezugspreises.

Probeheft kostenlos
bei Einsendung dieser Anzeige und 30 Pf. Porto
Verlag von „Westermanns Monatsheften", Braunschweig

Frische Luft

stärkt Ihre Lunge. Beim Sport, auf Reisen oder Wanderungen erfordert Ihre Gesundheit Schutz und Pflege. Sie kräftigen Hals und Atemwege durch ständigen Gebrauch von Kaiser's Brust-Caramellen, die als sicher und schnell wirkendes Mittel bei Husten und Katarrh Weltruf besitzen. Mehr als 15 000 Zeugnisse.
Beutel 40 Pfg. Dose 90 Pfg.
Gebrauchen Sie stets

Kaiser's Brust-Caramellen

mit den 3 Tannen

Zu haben bei: **Adler-Drogerie W. Gutsmuths, Nebra; Aug. Oelschlig, Nebra**

Für die Schlachtezeit:

Original „Weck" Einkoch-Gläser

bei **R. Barthel**

Graham-Brot

für Zuckerkranke sowie

Rhein. Vollkorn-Brot

gibt laufend ab

H. Heinicke, Nebra
Bäckermeister.

Bubikopf

wirkt vornehm nur mit **Lockenwasser „Ifma".** Die Locken bleiben dauernd schön und haltbar.
● **„Ifma"** duftet herrlich nach Veilchen.
1/2 Fl. Mk. 1.50, 1/1 Fl. Mk. 2.50
Adler-Drogerie Gutsmuths-Nebra, Drogerie Leschke, Querfurt.

Chronik von Nebra

1.80 Mark in **Buchhandlg. Scharf** vorrätig.

Ohne Reklame kein Geschäft!

Der oberschlesische

Wanderer

Verlag: Gleiwitz / Gegründet 1828

Bei weitem verbreitetste Tageszeitung Oberschlesiens Erfolgreichstes Anzeigenblatt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300116-18/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 7 — Donnerstag, den 16. Januar 1930 — 43. Jahrgang

Kompromißneigungen.

Dr. Schacht im Haag eingetroffen.

⊠ Haag, 14. Januar.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist planmäßig mit dem Berliner Zug zur Teilnahme an den Verhandlungen des Organisationsausschusses für die BIZ. im Haag eingetroffen und hat im Hotel Zentral, dem Sitz der deutschen Abordnung, Wohnung genommen.

Besprechungen zwischen Tardieu und Curtius.

Es haben erneut zwei Unterredungen zwischen Tardieu und Dr. Curtius unter Hinzuziehung der Juristen der beiden Abordnungen stattgefunden, die hauptsächlich der Sanktionsfrage galten.

In dieser Frage ist man bisher immer noch nicht vom Fleck gekommen. Die Verhandlungen drehen sich nunmehr seit drei Tagen stets um die gleiche Frage: Frankreich verlangt, wie dies in der der deutschen Abordnung überreichten Denkschrift zum Ausdruck kommt, die Aufnahme einer Bestimmung in das Schlußprotokoll der Haager Abmachungen,

nach der Deutschland im Falle einer Lossagung vom Youngplan Sanktionsmaßnahmen Frankreichs nicht als kriegerische Maßnahmen anzusehen sich verpflichtet.

Deutschland soll somit tatsächlich die Besetzung deutschen Gebietes im Falle der Lossagung vom Youngplan als eine friedliche Maßnahme erklären.

Die deutsche Abordnung hat diese Forderung von vornherein und auch jetzt wieder in den fortgeletzten mündlichen Verhandlungen als völlig untragbar abgelehnt.

Die Kompromißformel.

In den letzten Besprechungen über die Sanktionsfrage ist folgende Lösungsmöglichkeit in Aussicht genommen worden:

Die deutsche und französische Abordnung tauschen in der Sanktionsfrage gegenseitig Noten aus, die nicht in das Schlußprotokoll der Haager Abmachungen aufgenommen werden. Die Note der französischen Abordnung erklärt, daß Frankreich im Falle einer Lossagung Deutschlands vom Youngplan seine Handlungsfreiheit wiedererhält. Die deutsche Note soll sich demgegenüber auf die Feststellung beschränken, daß gegen diesen legitimen Anspruch Frankreichs kein Einspruch erhoben werden könne. Die beiden Abordnungen werden jedoch vor der endgültigen Entscheidung zunächst die Stellungnahme des Kabinetts abwarten.

Zur Formulierung des Notenaustausches, die in dieser Frage stattfinden soll, verlautet weiter, daß in der französischen Note ausdrücklich festgestellt wird, im Falle einer Lossagung Deutschlands vom Youngplan trete

„das allgemeine Vertrags-System"

wieder in Kraft. Nicht erwähnt wird jedoch, was unter allgemeinem Vertrags-System zu verstehen sei. Es muß deswegen als selbstverständlich angesehen werden, daß die französische Note unter allgemeinem Vertrags-System die Rückkehr zu den Sanktionsbestimmungen des Versailler Vertrages versteht, während man auf deutscher Seite die Auffassung zu vertreten scheint, unter allgemeinem Vertrags-System seien die Bestimmungen des Völkerbundspaktes, Locarno-Paktes und Kellogg-Paktes anzusehen, die gegenwärtig die Grundlage der internationalen Politik bilden.

Ungeklärt soll zurzeit noch sein, ob es in der französischen Note Lossagung vom Young-Plan oder Zerreißen des Young-Planes heißen wird. Die deutsche Antwortnote soll sich darauf beschränken, von der Note der französischen Regierung Kenntnis zu nehmen.

Keine Anrufung des Völkerbundes.

In dem Notenaustausch zwischen der deutschen und französischen Abordnung in der Sanktionsfrage ist, wie bereits von Anfang an feststand, vorgesehen, daß im Falle der Nichtzahlung Deutschlands zuerst das Auslegungsschiedsgericht des Youngplanes angerufen werden soll.

Den beiden Parteien steht es sodann frei, beim ständigen Internationalen Schiedsgericht im Haag eine Entscheidung herbeizuführen, ob eine Verfehlung Deutschlands oder die Unmöglichkeit, die Zahlungen auszuführen, vorliegt. Der Gedanke, dem Völkerbundsrat diejenigen Maßnahmen zu überlassen, die im Falle der Feststellung deutscher Verfehlungen durch den ständigen Haager Schiedsgerichtshof ergriffen werden sollen, ist jedoch fallen gelassen worden.

Die Entscheidung des internationalen Haager Gerichtshofes, daß im Falle einer deutschen Nichtzahlung keine Unmöglichkeit, sondern eine Verfehlung Deutschlands vorliegt, würde somit nach dieser Regelung einen endgültigen Charakter tragen. Sollte Deutschland in einem derartigen Fall dennoch seinen Standpunkt aufrechterhalten und sich für nichtzahlungsfähig halten,

so würde die Gläubigerseite also Handlungsfreiheit, aber im Rahmen der geltenden Verträge, erhalten.

Reichsbank und BIZ. — Ein Brief Schachts.

⊠ Haag, 15. Januar.

In dem auf der Konferenz zum ersten Male zusammengetretenen Organisationsausschuß für die BIZ. ist es gleich zu Beginn der Sitzung zu einem unerwarteten Vorfall gekommen. Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat dem Führer der im Ausschuß vertretenen amerikanischen Bankengruppe ein Schreiben übermittelt, in dem Zweifel über die endgültige Beteiligung der deutschen Reichsbank an der BIZ. zum Ausdruck gebracht werden. In dem Schreiben erklärt der Reichsbankpräsident ferner, über die endgültige Stellungnahme der Reichsbank zur BIZ. werde das Direktorium der Reichsbank in der nächsten Zeit zu entscheiden haben. Im Hinblick auf dieses Schreiben des Reichsbankpräsidenten ist die Sitzung des Ausschusses sofort unterbrochen worden. Die sechs einladenden Mächte, deren Sitzung bereits zu Ende war, sind daraufhin sofort um 20 Uhr zu einer neuen Sitzung einberufen worden. Wie von deutscher Seite mitgeteilt wird, wird in dieser Sitzung von den deutschen Delegierten der Vorschlag gemacht werden, ob nicht eine andere deutsche Bankengruppe sich an Stelle der Reichsbank an der Bank für Internationale Zahlungen beteiligen soll, wie dies bereits im Youngplan vorgesehen ist.

Die Bedingungen des Reichsbankpräsidenten

Ueber den Inhalt des Schreibens des Reichsbankpräsidenten, das schon vom 30. Dezember datiert ist, wird mitgeteilt: Dr. Schacht habe erklärt, daß er die Zeichnung der für die Reichsbank vorgesehenen Beteiligung an der BIZ. im Betrage von 100 Millionen Mark nicht vornehmen könne, sofern nach der Annahme und der Inkraftsetzung des Youngplanes nicht folgende politischen und finanziellen Bedingungen erfüllt werden:

1. **Verzicht Englands auf die Sequestierung des deutschen Eigentums;**
2. **Verzicht Frankreichs auf alle militärischen und politischen Sanktionen;**
3. **Rückkehr zum Youngplan in der ursprünglich auf der Pariser Sachverständigenkonferenz ausgearbeiteten Fassung.**

Es besteht keine volle Klarheit darüber, wer über dieses Schreiben noch vor seiner heutigen offiziellen Bekanntgabe unterrichtet war. Es verlautet jedoch, daß der Reparationsagent und eine Reihe anderer maßgebender Persönlichkeiten den Inhalt des Schreibens kannten. In der Montagabendsitzung der sechs Großmächte ist auch dieser Zwischenfall zur Erörterung gekommen. Es wurde übereinstimmend beschlossen, daß dem Eingreifen des Reichsbankpräsidenten keine Folge gegeben werden soll und daß die Verhandlungen fortgeführt werden. Es wurde betont, daß ein Eingreifen des Reichsbankpräsidenten in die Fragen, in denen bereits eine praktische Uebereinstimmung erzielt worden sei, nicht geduldet werden könne. Dieser Standpunkt ist insbesondere von dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu und dem englischen Schatzkanzler Snowden vertreten worden. Tardieu hat betont, daß die Frage der Beteiligung einer deutschen Bank an der BIZ. aufgeschoben werden könnte, bis eine endgültige Stellungnahme der deutschen Regierung vorliege.

Beschlüsse der sechs Mächte.

In einer Sitzung der sechs Mächte sind sodann folgende drei Beschlüsse gefaßt worden:

1. **An den Vorsitzenden des Ausschusses für die BIZ. ist ein Schreiben gerichtet worden, in dem der Ausschuß ersucht wird, seine Arbeiten ungestört weiter fortzusetzen.**
2. **Die juristischen Sachverständigen sind aufgefordert worden, in Verhandlungen mit der Schweizer Regierung über die endgültige Sicherung von Basel als Sitz der BIZ. einzutreten.**
3. **Alle Vorbereitungen, die bisher getroffen worden sind, um eine alsbaldige Ausarbeitung des Schlußprotokolls der Haager Abmachungen auszuarbeiten, sollen sofort fortgesetzt und sobald als möglich zum Abschluß gebracht werden.**

Von deutscher Seite wird übrigens weiter festgestellt, daß in den bisherigen Verhandlungen über die reparationspolitischen Fragen alle bis auf einen Punkt, die Mobilisierungsfrage, geklärt worden seien. Ferner sei die Sanktionsfrage noch nicht endgültig geklärt. Auf Mittwoch vormittag ist eine neue Sitzung des Ausschusses der sechs einladenden Mächte einberufen worden, auf der die Sanktions- und Mobilisierungsfragen endgültig geregelt werden sollen.

Schacht und die deutsche Delegation.

⊠ Haag, 15. Januar.

Nach einer längeren Unterredung zwischen Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer und dem Reichsbankpräsidenten wurde von der deutschen Abordnung im Haag folgende Mitteilung veröffentlicht:

„Die deutsche Delegation wird in der morgigen Sitzung der Konferenz die erforderlichen Schritte tun, um die Beteiligung der Reichsbank an der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich und die Mitwirkung der Reichsbank bei den Aufgaben der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich gesetzlich zu gewährleisten.

Wie wir weiter hören, hat der Reichsbankpräsident in einer Besprechung mit Reichsfinanzminister Moldenhauer erklärt, sich selbstverständlich für diesen Fall den daraus sich ergebenden Verpflichtungen nicht zu entziehen.

Damit ist die Mitwirkung der Reichsbank gesichert."

Das Ergebnis der Kabinettssitzung

⊸ Berlin, 15. Januar.

Amtlich wird mitgeteilt:

Das Reichskabinett hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Gang der Haager Verhandlungen befaßt und soweit ein Ergebnis vorliegt der Haltung der deutschen Delegation zugestimmt. Nachdem die Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichsbankpräsidenten die Reichskreditgesellschaft A.-G. und die Preußische Staatsbank (Seehandlung) ersucht hat, an Stelle der Reichsbank bis auf weiteres als Gründer der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich aufzutreten, haben sich diese Banken dazu bereiterklärt. Zum Zwecke der notwendigen Verhandlungen reisen die Herren Direktor Ritscher und Präsident Schröder nach dem Haag.

Ferner hat sich das Reichskabinett mit den Fragen der Erhöhung des Weizen- und Roggenzolls befaßt und sich damit einverstanden erklärt, daß durch Verordnung mit Wirkung vom 20. Januar der Roggenzoll auf Rm. 9.— und der Weizenzoll auf Rm. 9.50 erhöht wird. Zu dem Entwurf eines Zündwarenmonopolgesetzes beschloß das Kabinett Doppelvorlage, soweit es sich um die außerhalb des Monopols zugelassenen Eigenproduktionen handelt.

Die Reichsbank macht mit.

Die deutsche Abordnung wird nunmehr die erforderlichen Schritte voraussichtlich in der Richtung tun, daß die Bestimmungen des Youngplanes über die Eventualbeteiligung einer anderen deutschen Bankengruppe an Stelle der Reichsbank an der BIZ. dahingehend abgeändert werde, daß die deutsche Notenbank, d. h. die Reichsbank auf deutscher Seite an der BIZ. mitwirkt und die nach dem Youngplan den Notenbanken obliegenden Aufgaben übernimmt. Es steht zur Zeit noch nicht fest, ob die Mitwirkung der Reichsbank an der BIZ. nicht durch besonderes Reichsgesetz festgesetzt werden wird.

Die Teilnahme des Reichsbankpräsidenten Schacht an der Leitung der BIZ. ist durch die heutige Regelung endgültig als gesichert anzusehen. Reichsbankpräsident Schacht nimmt an den Arbeiten jedoch unter voller Aufrechterhaltung seines grundsätzlich in dem Schreiben zum Ausdruck gebrachten moralischen Standpunktes teil.

Widersprüche.

Berlin, 15. Januar. Zwischen der Haager Verlautbarung über die dort erfolgte Einigung mit dem Reichsbankpräsidenten und der Mitteilung über das Ergebnis der Berliner Kabinettssitzung klaffen Widersprüche, die offensichtlich auf die Gleichzeitigkeit der Entschlüsse im Haag und in Berlin zurückzuführen sein dürften. Im Haag erklärt [illegible] die Einigung mit [illegible] An maßgebender [illegible]t, daß die Reichs[illegible]orisch solange als [illegible]e Beteiligung der [illegible]n Haager Vereinigt worden sei. In[illegible]e Herren Direktor [illegible]dem Haag reisen, [illegible]cht, wie ursprüngl[illegible]ohl im Organisa[illegible]ndgültige Beteili[illegible]r führt.

[illegible] Bankengruppe [illegible]ordnung hat dem [illegible]par schriftlich die [illegible]österische Regierung [illegible] der deutschen Ab[illegible]e andere deutsche [illegible]assen, zu der Aufsche Bankengruppe [illegible]age komme. Nach [illegible]n der BIZ. könne [illegible] und Vertretung [illegible]ach den deutschen [illegible]enumlauf und die [illegible]twortlich sei. Die [illegible] nicht in amtlicher Form so doch sachlich den gleichen Standpunkt eingenommen und gleichzeitig gefordert, daß die deutsche Reichsbank und keine andere deutsche Bankengruppe bei der BIZ. vertreten sein soll. Eine ähnliche Erklärung hat die italienische Abordnung abgegeben. Die übereinstimmenden Auffassungen der drei großen Gläubigermächte ist der deutschen Abordnung mitgeteilt worden. Im Laufe des Dienstag nachmittags fand eine längere Unterredung zwischen Finanzminister Moldenhauer und dem französischen Finanzminister Chéron statt, in deren Verlauf der französische Standpunkt in der Frage der Beteiligung der Reichsbank in der BIZ. sowie die Mobilisierung der deutschen Anleihe erörtert wurden.

Die Stellung des Reichsbankpräsidenten.

Haag, 15. Januar. Entgegen anderslautenden Mitteilungen wird von deutscher Seite erklärt, daß von irgend-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300116-18/fragment/page=0005